

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 02.02.2012
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Bernadette Aehling | Borken |
| Ludwig Artmeyer | Bocholt |
| Josef Berghaus | Schöppingen |
| Reinhard Böcker | Ahaus |
| Heinz-Josef Elpers | Ahaus |
| Hans-Georg Fischer | Ahaus |
| Bernhard Krasenbrink | Bocholt |
| Heinrich Lübbering | Vreden |
| Maja Saatkamp | Borken |
| Markus Schulte | Gronau |
| Barbara Seidensticker-Beining | Südlohn |
| Wilhelm Stilkenbäumer | Reken |
| Gerti Tanjsek | Bocholt |
| Friedhelm Weikamp | Rhede |
| Alfons Wissing | Schöppingen |

Gast:

Rudi Lüdtke Gronau

Es fehlen entschuldigt:

Arno Berning Raesfeld

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Roland Schulte
Stefan Pelz
Kordula Blickmann
Edith Gülker
Birgit Zimmermann
Richard Riedel
Hiltrud Péron
Peter Nattefort

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Aktueller Sachstand zu den Erdgasbohrungen im Münsterland - Vortrag Bezirksregierung Arnsberg

Herr Grothues teilt mit, die Kreisverwaltung habe die Bezirksregierung Arnsberg gebeten, erneut im Ausschuss für Umwelt über die Thematik zu informieren. Von dort sei jedoch in Abstimmung mit dem Landesministerium mitgeteilt worden, dass man grundsätzlich keinen Anlass sehe, weitere Erläuterungen zu dem Erlass der Landesregierung vom November 2011 zu geben.

Anschließend informiert Herr Grothues über die Inhalte des mit der Einladung zur Sitzung versandten Erlasses.

Punkt 2: Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie Vorlage: 0020/2012

Nachdem Herr Grothues die Sitzungsvorlage erläutert hat, berichtet Herr Pelz anhand einer Präsentation. Sein Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Herr M. Schulte begrüßt die vorgestellte strukturierte und transparente Bearbeitung dieses vielschichtigen Projektes. Frau Tanjsek schließt sich seinen Ausführungen an.

Herr Stilkenbäumer und Herr Krasenbrink erkundigen sich nach dem Stand der Planungen im Bereich Reken bzw. westlich von Bocholt. Herr Pelz erklärt, der Bereich Reken falle mit dem Einzugsgebiet der Stever/ Heubach in das vom Kreis Coesfeld zu betreuende Kooperationsgebiet, für den Midlicher Mühlenbach in das vom Kreis Recklinghausen zu bearbeitende Kooperationsgebiet „Rhader Bach/ Wienbach“. Westlich Bocholts betreue der Kreis Wesel die Issel und deren Zuflüsse; Maßnahmen an der Bocholter Aa würden dort vom Kreis Borken begleitet. Herr Pelz sagt zu, bereits vorliegende Informationen der Niederschrift beizufügen. *Die Tabellen und Karten vom Kreis Coesfeld zum Einzugsgebiet der Stever/ Heubach (betrifft den Kreis Borken bzgl. Heubach und Boombach) sind derzeit noch in Arbeit. Als Anlage 2.1 liegen der Niederschrift der vom Kreis Recklinghausen für den Midlicher Mühlenbach erarbeitete Umsetzungsfahrplan sowie die zugehörige Karte bei. Als Anlage 2.2 ist beigelegt der Umsetzungsfahrplan des Kreises Wesel für die Issel und ihre Nebengewässer, der aber nochmals überarbeitet wird. Die Karte für diesen Bereich ist noch nicht erstellt. Der vom Kreis Borken erstellte Entwurf des Umsetzungsfahrplans für die Bocholter Aa und der zugehörige Kartenentwurf sind der Niederschrift als Anlage 2.3 beigelegt.*

Frau Saatkamp möchte wissen, in welcher Reihenfolge die Maßnahmen umgesetzt werden. Herr Pelz stellt klar, dass aufgrund der vielen unterschiedlichen Beteiligten keine strikte Arbeitsreihenfolge vom Unterlauf flussaufwärts eingehalten werden könne. Herr R. Schulte ergänzt, man müsse dort anfangen, wo man erfolgreich sein kann. Es habe sich gezeigt, dass gut umgesetzte Maßnahmen Anstoßwirkungen auf weitere Maßnahmen verursachen.

Auf Nachfrage von Herrn Artmeyer bezüglich der Verbesserung der Wasserqualität der Fließgewässer und des Grundwassers erläutert Herr Pelz, dass hierzu Beratungstätigkeiten

der Landwirtschaftskammer gestartet wurden, um beispielsweise Landwirte zur Umstellung der Düngemethoden zu bewegen.

Beschluss: einstimmig

Der Sachvortrag wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Dem Vorschlag zur weiteren Umsetzung wird zugestimmt.

**Punkt 3: Sachstandbericht zur Naturparkschau 2012
Vortrag von Frau Birgit Zimmermann**

Herr Grothues führt in die Thematik ein. Er lobt das große Engagement aller beteiligten Akteure. Er informiert, dass Frau Birgit Zimmermann seit 01.01.2012 als Geschäftsführerin des Naturparkvereins tätig sei.

Sodann berichtet Frau Zimmermann anhand einer Präsentation (sh. Anlage 3 zur Niederschrift). Außerdem stellt sie die vielfältigen geplanten Veranstaltungen im Rahmen der Naturparkschau 2012 vor. Abschließend appelliert Sie an die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, den Naturpark in ihre Überlegungen einzubeziehen, damit das Projekt nach 2013 nicht deutlich an Popularität verliere.

Herr M. Schulte regt an, Tourismusorganisationen wie „Münsterland e.V.“ in das Projekt einzubeziehen. Herr Grothues sieht dies ebenfalls als eine von vielen Möglichkeiten, den Bekanntheitsgrad des Naturparks zu steigern.

Herr Artmeyer erkennt positiv an, was durch die Beteiligten in kurzer Zeit realisiert wurde und erkundigt sich nach der Möglichkeit verstärkten Personaleinsatzes. Herr Grothues erläutert, dies sei problematisch, da die Kommunen erfahrungsgemäß äußerst sensibel auf eine dann erforderliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge des Naturparkvereins reagierten und als Folge Vereinsaustritte zu befürchten seien. Diesem Problem könne aber durch die bereits angedachte Gründung eines Fördervereins entgegen getreten werden. Außerdem sei es ab 2013 erforderlich, dass der Kreis Borken sich stärker engagiere. Dies wurde in der Diskussion bestätigt.

**Punkt 4: Bericht des Fachbereichs Natur und Umwelt 'Projekte zur Umsetzung
des Klimaschutzkonzeptes 2010/2011'
Vorlage: 0021/2012**

Nach einführenden Worten Herrn Grothues' erläutert Frau Gülker, der vorgelegte zweite jährliche Rechenschaftsbericht zum Klimaschutzkonzept stelle weiter geführte und neue Projekte dar. Als besonders erfolgreich weiter geführte Projekte nennt sie die Informationsabende zur energetischen Gebäudesanierung, die Thermografieaktion und die Haus-zu-Haus-Beratungen. Gerade das letztgenannte Projekt werde durch die beteiligten Kommunen gerne als gezieltes Beratungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger angenommen.

Weiter informiert Frau Gülker, das Projekt ALTBAUNEUE laufe im Sommer 2012 definitiv aus; ein Folgeprojekt solle jedoch durch die Energieagentur auf den Weg gebracht werden. Sie erinnert an die erfolgreich durchgeführte Klimawoche im September 2011 und hebt zudem ausdrücklich die positiven Ergebnisse des Projektes ÖKOPROFIT hervor. Die zweite ÖKOPROFIT-Runde mit weiteren 15 Unternehmen laufe derzeit, eine dritte Runde sei in Vorbereitung.

Im Juni 2011, so Frau Gülker, habe der Ausschuss für Umwelt die Teilnahme des Kreises am European Energy Award (eea) beschlossen. Der diesbezügliche Förderbescheid liege nunmehr vor; die Umsetzung beginne im Mai 2012. Die Politik sei in den Prozess, der den

Kreis in den kommenden 4 Jahren beschäftigen werde, durch die Entsendung von Vertretern in das Energieteam involviert.

Nach Ende des Vortrags fragt Herr Artmeyer nach, wann konkrete Terminplanungen zum eea-Prozess vorlägen. Frau Gülker erwidert, die Verwaltung beginne noch im Februar mit den Planungen, unmittelbar anschließend würden alle Beteiligten informiert.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Bericht des Fachbereichs Natur und Umwelt „Projekte zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2010/2011“ zur Kenntnis.

Punkt 4.1: Energieautarkie für den Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2011
Vorlage: 0319/2011

Frau Saatkamp erläutert den Antrag.

Herr Grothues stellt dar, der Kreis Borken lege bei seinen Aktivitäten zum Klimaschutz den Fokus auf die Umsetzung von Maßnahmen und versuche diesbezügliche Erfolge mit möglichst geringem Personalaufwand zu erzielen. Er hebt die Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung als wesentliche Faktoren auf dem Weg zur Energieautarkie hervor.

Aus Verwaltungssicht, so Herr Grothues, wäre es positiv, wenn das Thema Energieautarkie in den Prozess „European Energy Award“ aufgenommen werden könne, anstatt hierfür ein gesondertes Projekt zu starten.

Es besteht Einigkeit zwischen den anwesenden Fraktionen, den Beschluss entsprechend zu ändern. Die Städte und Gemeinden, so stellt Herr Grothues auf Nachfrage von Frau Tanjsek klar, werden in diesen Prozess eingebunden.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Umwelt beauftragt die Verwaltung, das Ziel der rechnerischen Energieautarkie des Kreises Borken in den anstehenden eea-Prozess einzubinden.

Punkt 5: Sachstand Projekt "Region in der Balance"
Vorlage: 0032/2012

Frau Péron informiert anhand der Sitzungsvorlage.

Frau Garvert hebt hervor, der Prozess erweise sich als hilfreich, bei den entgegenstehenden Interessen Verständnis für die jeweilige Gegenseite zu wecken.

Der Sachstand zum Projekt „Region in der Balance im Kreis Borken“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2012 für die Budgets 06 - Natur und Umwelt und 08 - Bauen, Wohnen und Immissionsschutz
Vorlage: 0022/2012

Frau Garvert ruft die Seiten des Entwurfs des Kreishaushaltes 2012 für das Budget 06 produktweise auf und bittet um Wortmeldungen.

Frau Seidensticker-Beining fragt, wo im vorliegenden Haushaltsentwurf die bislang unter Produkt 06.05.01 aufgeführten Informationen zur den Rekultivierungsaufwendungen zu finden seien. Frau Blickmann erinnert, dass bereits bei der Haushaltsplanung 2011 darauf hingewiesen wurde, dass diese Angaben zukünftig nicht mehr im Ergebnisplan des Budgets 06, sondern ausschließlich im Gesamtfinanzplan ausgewiesen werden. Sie verweist auf die Seite 74 des vorliegenden Haushaltsentwurfes. Informationen über die Zuführungen zur Rekultivierungsrücklage, so Frau Blickmann weiter, fänden sich - wie bisher auch - unter Produkt 11.06.05.

Auf Bitte von Frau Garvert stellt Herr M. Schulte den Antrag 06-01 der CDU- und der FDP-Fraktion zu den Haushaltsberatungen vor, der als Tischvorlage ausliegt (sh. Anlage 4 zur Niederschrift).

Frau Seidensticker-Beining begrüßt den Antrag. Da ihr bekannt sei, dass auch die Handwerkskammer und die IHK in diesem Bereich Hilfen anbieten, möchte sie jedoch gewährleistet wissen, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen ist.

Nach kurzer Diskussion einigt man sich darauf, zum Ausschluss von Doppelförderungen den Beschlusstext um die Worte „und die Notwendigkeit“ zu ergänzen. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen nur bei festgestellter Notwendigkeit in Anspruch genommen werden.

Beschluss zum Antrag 06-01: einstimmig angenommen

1. Der Ausschuss für Umwelt beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten und die Notwendigkeit zur Umsetzung des Projektes „energetisch wirtschaften“ im Kreis Borken zu prüfen.
2. Der Ausschuss für Umwelt stellt für die Realisierung des Projektes, auf 2 Jahre lang begrenzt, jeweils 15.000 Euro im Budget 6 zur Verfügung

Herr Artmeyer stellt den Antrag 06-02 der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vor. Auch dieser Antrag liegt als Tischvorlage aus (Anlage 5 zur Niederschrift).

Herr Grothues stellt dar, sowohl im KOMPASS-Prozess als auch im Klimaschutzkonzept sei die zugrunde liegende Problematik aufgegriffen worden. Es sei eine Grundlagenerhebung erfolgt, deren Ergebnisse sich auf den Seiten 35 ff. bzw. 101 ff. des Klimaschutzkonzeptes wiederfänden.

Herr M. Schulte erachtet die Thematik bundesweit gesehen wenig relevant und daher die beantragte Erhöhung der Haushaltsmittel als nicht gerechtfertigt. Der Antrag könne durch die CDU-Fraktion nicht mitgetragen werden.

Auch Frau Seidensticker-Beining versagt dem Antrag die Unterstützung. Aus ihrer Sicht müsse das Baurecht insoweit geändert werden, dass Großmastställe nicht in bisherigem Umfang genehmigt werden könnten.

Frau Garvert berichtet, das Land Nordrhein-Westfalen fördere Forschungen zu klimaschonender Landwirtschaft über Projekte der Landwirtschaftskammer. Von der Kreisverwaltung könne nicht erwartet werden, diesbezügliche fachliche Beratungen für die Landwirtschaft zu erbringen. Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Sie über den Antrag abstimmen.

Beschluss zum Antrag 06-02: abgelehnt

- 2 Ja-Stimmen
- 14 Nein-Stimmen

Herr Riedel stellt zum Haushaltsentwurf 2012 für das Budget 08 klar, bei dem ausgewiesenen Stellenzuwachs um 0,7 Stellen handele es sich um vom Land finanziertes Personal. Insgesamt sei daher ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes Gesamtbudgetergebnis zu erwarten.

Aufgrund europäischer Richtlinien, so Herr Riedel weiter, werde die Umweltüberwachung ab 2013 personell aufzustocken sein (2 zusätzliche Stellen). Es sei damit zu rechnen, dass die entstehenden Personalkosten vom Land erstattet werden. Das Jahr 2012 werde für die Planung einer Konzeption für die Umweltüberwachung genutzt.

Beschluss zum Budget 06: 10 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

Beschluss zum Budget 08: 12 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2012 – bezogen auf die Fachbereiche Natur und Umwelt sowie Bauen, Wohnen und Immissionsschutz - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2012 – Budgets 06 "Natur und Umwelt" und 08 „Bauen, Wohnen und Immissionsschutz zu verabschieden.

Punkt 7: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 8.1: 380-kV-Höchstspannungsleitung Wesel - Meppen

Frau Péron teilt mit, die Bezirksregierung Münster habe mit dem Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Bredenwinkel – Borken Süd der von der Firma Amprion geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung begonnen. Sie informiert anhand einer Tischvorlage, die der Niederschrift als Anlage 6 beiliegt. Die Kreisverwaltung sei momentan mit der Erarbeitung ihrer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange beschäftigt, bei der die Themenbereiche Landschaft, Wasser und Boden zu berücksichtigen seien. Die Stellungnahme werde selbstverständlich mit der Gemeinde Raesfeld und der Stadt Borken abgestimmt. Herr Grothues kündigt an, Grundzüge der Stellungnahme im Ausschuss für Umwelt vorzustellen.

Punkt 8.2: Abfallwirtschaftsplan NRW

Frau Blickmann informiert, die nordrhein-westfälische Landesregierung strebe die Erstellung eines neuen landeseinheitlichen Abfallwirtschaftsplanes an. Mit dem neuen Abfallwirtschaftsplan solle die Umsetzung der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie, eine restriktive Bedarfsprüfung, die Abfallvermeidung und Wiederverwertung, die „regionale Entsorgungsautarkie“ sowie verbindliche Zuweisung des Abfalls zu Entsorgungsanlagen erreicht bzw. initiiert werden. Die Erarbeitung des neuen Abfallwirtschaftsplans solle im Jahr

2012 erfolgen. Das Beteiligungsverfahren und die Bekanntmachung seien für das Jahr 2013 vorgesehen.

Punkt 8.3: Rückbau der Altdeponien im Kreis Borken

Frau Blickmann erinnert, dass in Zusammenhang mit der Ermittlung der Nachsorgekosten für die kreiseigenen Deponien im Jahre 2010 die Frage an den Kreis Borken und die EGW herangetragen wurde, ob durch einen Rückbau der Deponien die Kosten der Nachsorge reduziert bzw. vermieden werden könnten. Um sich dem Thema zu nähern, sei zunächst ein Fragenkatalog zum Deponierückbau zusammengestellt worden. Diese Fragen seien inzwischen von der EGW in Abstimmung mit der Kreis und der Bezirksregierung Münster bezogen auf die kreiseigenen Deponien auf der Grundlage der vorliegenden Genehmigungsunterlagen beantwortet worden. Die Fragen stellten sich insbesondere zu den auf den Kreisdeponien abgelagerten, im Falle eines Rückbaus zu behandelnden Abfallmengen und -qualitäten. Weiter seien die anzuwendenden Konzeptionen sowie Technologien zu prüfen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Wirtschaftlichkeit und die Finanzierung zu betrachten gewesen. Zu Einzelheiten verweist Frau Blickmann auf den Bericht der EGW, der mit der Niederschrift zur Sitzung versandt werde (Anlage 7). Als Ergebnis sei dem Bericht der EGW zu entnehmen, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Rückbau der Deponien im Kreis Borken nicht wirtschaftlich sei.

Die zu erwartenden Rückbaukosten überstiegen die prognostizierten Nachsorgekosten aus dem Gutachten zur Kostenabschätzung für den Betriebsabschluss und die Nachsorgephase vom Geotechnischen Büro Prof. Dr. Düllmann aus dem Jahr 2010 um ein Vielfaches. Für die Nachsorge aller 6 Deponien bis zum Jahr 2035 seien Rückstellungsgesamtkosten in Höhe von brutto 31,0 Mio. € ermittelt worden. In der Fachliteratur, so Frau Blickmann weiter, werde für den reinen Rückbau des Abfalls auf Siedlungsabfalldeponien ohne Entsorgung und Rekultivierung 13,00 €/m³ geschätzt. Allein für die auf den Deponien Ahaus-Alstätte III und der Deponie Borken-Hoxfeld abgelagerten Abfälle ergäben sich hieraus Kosten von 46,8 Mio. €. Die Kosten für eine thermische Verwertung der Abfälle seien den Ausführungen der EGW zu entnehmen. Selbst unter der günstigsten Annahme, die vom Kreis Coesfeld für seine Siedlungsabfalldeponie mit 43,01 €/t getroffen wurde, überstiegen die Kosten die Nachsorgeaufwendungen um ein Vielfaches. Bei der jetzigen Rechtslage scheidet eine Finanzierung des Deponierückbaus durch Gebühren aus und eine Finanzierung der Maßnahme durch Rohstoff Erlöse sei nicht zu erwarten.

Frau Blickmann erklärt, unter dem Begriff „Urban Mining“ werde die Rückgewinnung von Wertstoffen aus anthropogenen Lagern, z. B. industrielle und kommunale Gebäude, Bergbau- und Hüttenhalden sowie Altdeponien zurzeit bundesweit intensiv betrachtet. Gegenwärtig schätzten Sachverständige die Nutzung von Wertstoffen aus dem Rückbau von Altdeponien jedoch als nicht wirtschaftlich ein. Bei weiter steigenden Rohstoffpreisen könne sich dieses zukünftig ändern. Die Relevanz des Themas werde auch daran deutlich, dass hierzu vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits 2011 ein Forschungsvorhaben ausgeschrieben gewesen sei. Dieses habe unter anderem die Entwicklung von Konzepten, Technologien, Verfahren und Dienstleistungen zur Gewinnung von Wertstoffen aus dem Rückbau von Altdeponien und Hüttenhalden sowie aus Verbrennungsrückständen zum Inhalt gehabt. Die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens seien abzuwarten und die Gegebenheiten im Kreis Borken auf dieser Grundlage zukünftig neu zu prüfen. Zum jetzigen Zeitpunkt stelle der Rückbau der Deponien jedoch keine Alternative zu den bereits eingeleiteten Nachsorgemaßnahmen dar.

Punkt 9: Anfragen

Punkt 9.1: Kiesabbau in Suderwick
Anfrage der SPD-Fraktion v. 29.01.2012
Vorlage: 0060/2012

Herr R. Schulte stellt die bestehenden, beantragten und mittelfristig zu erwartenden Nassabgrabungen im Bereich westlich von Bocholt vor.

Er legt dar, eine Ausschöpfung der in der Örtlichkeit bestehenden Vorkommen werde durch die Abgrabungsunternehmen aufgrund der existierenden Materialnachfrage für die Bauindustrie beantragt.

Zu dem aktuell diskutierten Vorhaben östlich von Suderwick erläutert er, die Kreisverwaltung habe den ersten Schritt des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens, das sogenannte Scoping-Verfahren eingeleitet. Hierbei erhielten die Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit, ihre Forderungen hinsichtlich des voraussichtlichen Untersuchungsrahmens der für dieses Vorhaben vorzunehmenden Umweltverträglichkeitsprüfung mitzuteilen. Die eingegangenen Stellungnahmen der beteiligten Behörden und Stellen seien bei einem Scopingtermin am 20.01.2012 erörtert worden. Insgesamt hätten rd. 35 Träger öffentlicher Belange von der Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme Gebrauch gemacht.

Die Kreisverwaltung, so Herr R. Schulte weiter, hatte als nächstes die Vorhabenträgerin über den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie über Art und Umfang der voraussichtlich im Antragsverfahren beizubringenden Unterlagen zu unterrichten. Dies sei durch Übersendung einer tabellarischen Zusammenfassung der Stellungnahmen der im Scoping-Verfahren beteiligten Behörden und Stellen erfolgt. Nun werde die Vorhabenträgerin ein Planungsbüro mit der Erarbeitung des eigentlichen Antrags beauftragen. Mit dem Vorliegen des Antrages werde nicht vor 2013 gerechnet.

Herr Schulte betont, zu den dann beantragten Planungen müsse das Einverständnis der Grundstückseigentümer nachgewiesen werden. Anders sei die Planung nicht genehmigungsfähig.

Auf Frage von Herrn M. Schulte stellt Herr R. Schulte klar, dass eine Verfüllung des Abgrabungsbereiches technisch nicht möglich sei, da durch die angesprochene Kiesabgrabung das Grundwasser freigelegt werde.

Herr Grothues unterstreicht, der Kreis Borken habe Abgrabungsplanungen zu genehmigen, wenn alle rechtlichen Vorgaben erfüllt seien (gebundene Entscheidung). Soweit sich das Vorhaben in einem Landschaftsschutzgebiet befinde, sei im Rahmen der Planfeststellung eine Befreiung von diesbezüglichen Verboten zu erteilen. Hierbei sei der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde zu beteiligen. Dieser habe die Möglichkeit, einer beabsichtigten Befreiung mit der Folge zu widersprechen, dass der Kreistag zu unterrichten sei. Halte der Kreistag den Widerspruch für berechtigt, müsse die Befreiung und damit die Planfeststellung versagt werden.

Punkt 9.2: Weitere Anfragen

Frau Tanjsek fragt an, ob im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes beabsichtigt sei, Aufforstungen vorzunehmen. Frau Gülker verneint dies.

Frau Seidensticker-Beining erinnert an den mehrfach zugesagten Sachstandsbericht zum Projekt „Nährstoffkonzentrationen in Gewässern aufgrund diffuser Quellen“. Herr Pelz

bedauert, aufgrund der zuletzt umfangreichen Tagesordnungen des Ausschusses für Umwelt noch nicht über diese Thematik berichtet haben zu können, sagt dies jedoch für eine der kommenden Sitzungen zu.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort